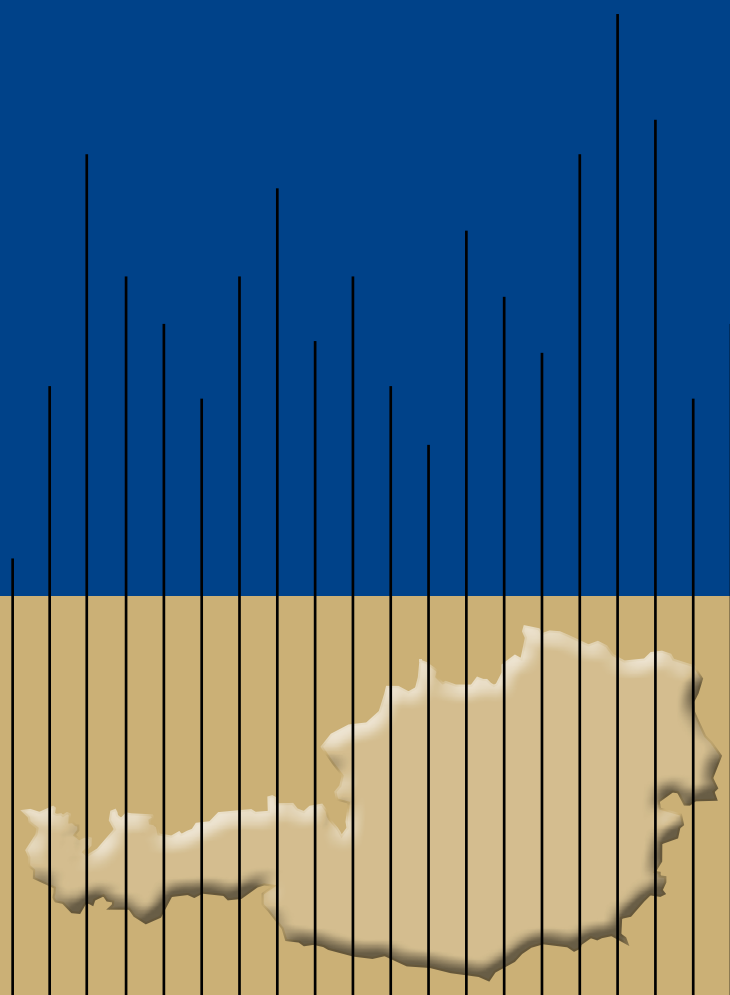


FAKTEN ZU ÖSTERREICH UND SEINEN BANKEN



Inhalt

Kennzahlen	4
Überblick	6
1 Österreichs Wirtschaft hält externen Schocks stand	9
1.1 2020 und 2021: COVID-19-Pandemie prägt gesamtwirtschaftliche Entwicklung; 2022: Ukrainekrieg dämpft Wachstum und treibt Inflation an	9
1.2 COVID-19-Pandemie bedingt Leistungsbilanzdefizit 2021	16
1.3 Beispiellose fiskalische Maßnahmen zur Bekämpfung der Effekte der COVID-19-Pandemie resultieren in hohem Budgetdefizit und steigenden Staatsschulden	20
2 Österreichisches Bankensystem widerstandsfähig in herausforderndem Umfeld – mikro- und makroprudenzielle Maßnahmen haben sich bewährt	22
2.1 Mikro- und makroprudenzielle Maßnahmen tragen erfolgreich zur Risikominderung bei	22
2.2 Entwicklungen und Kennzahlen des österreichischen Bankensektors im Überblick	22
2.3 Heterogene CESEE-Region bleibt wichtiger Markt für die österreichischen Banken	25
2.4 Makroprudenzielle Maßnahmen stärken Finanzmarktstabilität	26
3 Anhang: Tabellen	29

Redaktionsschluss Kennzahlen: 13. Juli 2022.

Redaktionsschluss Überblick: 1. April 2022.

Kennzahlen

Redaktionsschluss: 13. Juli 2022

Tabelle 1

Realwirtschaftliche Kennzahlen für die österreichische Wirtschaft

	Q1 21	Q2 21	Q3 21	Q4 21	Q1 22	2019	2020	2021
Wirtschaftliche Aktivität	<i>in Mrd EUR (gleitende Summen über vier Quartale)</i>							
Bruttoinlandsprodukt, nominell	376,0	387,8	394,4	402,4	414,2	397,3	378,6	402,4
	<i>Veränderung zur Vorperiode in % (real)</i>							
BIP	-0,5	4,3	3,4	-0,8	1,5	1,5	-6,8	4,9
Privater Konsum	-2,3	2,1	10,2	-3,8	0,8	0,7	-8,4	3,3
Öffentlicher Konsum	0,7	3,2	1,8	4,4	-3,0	1,5	-0,4	8,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	0,1	-2,7	0,0	1,6	4,8	-4,9	4,2
Exporte insgesamt	-1,1	14,3	0,9	1,9	2,3	3,3	-11,5	14,5
Güterexporte	7,0	4,8	-0,0	2,1	2,7	2,7	-8,6	19,2
Importe insgesamt	6,8	4,4	1,3	2,8	3,7	2,1	-9,6	16,4
Güterimporte	6,6	6,3	-0,1	3,1	3,8	0,4	-7,3	17,6
	<i>in % des nominellen BIP</i>							
Leistungsbilanzsaldo	x	x	x	x	x	2,1	1,9	-0,5
Preise	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,5	2,6	3,1	3,9	5,5	1,5	1,4	2,8
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer	1,3	5,4	3,5	2,7	4,1	2,7	1,9	3,2
Lohnstückkosten	3,6	-2,6	0,9	-0,5	0,2	2,4	7,6	0,4
Produktivität	-2,3	8,2	2,5	3,2	3,9	0,3	-5,3	2,8
Einkommen und Sparen	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-9,3	1,9	7,4	0,4	-3,7	1,5	-2,0	0,5
	<i>in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens</i>							
Sparquote	x	x	x	x	x	8,5	14,4	11,8
Arbeitsmarkt	<i>Veränderung zur Vorperiode in %</i>							
Unselbstständig Beschäftigte	-0,8	2,1	1,4	0,5	0,6	1,4	-2,0	2,0
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>							
Arbeitslosenquote (Eurostat)	7,0	6,7	5,6	5,3	4,6	4,8	6,1	6,2
Öffentliche Finanzen	<i>in % des nominellen BIP</i>							
Budgetsaldo	x	x	x	x	x	0,6	-8,0	-5,9
Schuldenstand	x	x	x	x	x	70,6	83,3	82,8

Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Anmerkung: X = Daten nicht verfügbar.

Tabelle 2

Kennzahlen für das österreichische Bankensystem

	Q1 21	Q2 21	Q3 21	Q4 21	Q1 22	2018	2019	2020	2021
Österreichisches Bankensystem – konsolidiert									
Struktur	<i>in Mrd EUR</i>								
Bilanzsumme ¹	1.161,6	1.168,6	1.186,8	1.197,2	1.202,3	986,0	1.032,3	1.136,4	1.197,2
Auslandsforderungen CESEE ²	260,0	268,6	275,7	278,9	288,0	217,1	233,3	244,5	278,9
Anzahl der Kreditinstitute in Österreich	543	542	537	520	519	597	573	543	520
Einwohner pro Bankstelle in Österreich	2.545	2.563	2.574	2.594	2.630	2.429	2.521	2.833	2.594
Eigenmittelausstattung¹	<i>in Mrd EUR</i>								
Eigenmittel	94,6	96,4	96,1	97,6	96,9	86,5	90,9	94,3	97,6
	<i>in % der risikogewichteten Aktiva</i>								
Gesamtkapitalquote	19,4	19,3	18,9	18,9	18,2	18,6	18,7	19,5	18,9
Kernkapitalquote (Tier 1)	17,2	17,1	16,7	16,8	16,2	16,0	16,3	17,2	16,8
Harte Kernkapitalquote (CET-1)	16,1	16,1	15,8	15,7	15,2	15,4	15,6	16,1	15,7
	<i>in % zu ausgewählten Bilanzpositionen</i>								
Leverage-Quote ²	7,1	7,7	7,6	7,6	7,5	7,5	7,6	7,4	7,6
Profitabilität¹	<i>in Mrd EUR</i>								
Periodenergebnis	1,4	3,7	5,9	7,2	-0,0	6,9	6,7	3,7	7,2
	<i>in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ⁴	0,5	0,7	0,7	0,7	-0,0	0,8	0,7	0,4	0,7
Aufwand-Ertrag-Relation	65,2	61,4	60,9	62,6	74,8	65,2	66,9	66,8	62,6
Kreditqualität^{1, 5}	<i>in %</i>								
Wertberichtigungsquote	1,5	1,5	1,4	1,4	1,4	1,8	1,5	1,5	1,4
Notleidende Kredite-Quote (NPL-Quote)	1,9	1,9	1,8	1,8	1,7	2,6	2,2	2,0	1,8
Kreditentwicklung	<i>in %</i>								
Jahreskreditwachstum bei Nichtbanken in Österreich	4,2	3,7	4,2	6,6	6,0	4,6	4,3	3,9	6,6
Fremdwährungskreditanteil in Österreich	4,0	3,9	3,8	3,6	3,5	5,8	5,3	4,3	3,6
Österreichische Tochterbanken in CESEE¹	<i>in Mrd EUR</i>								
Periodenergebnis	0,6	1,4	2,3	3,0	0,7	2,9	2,8	1,9	3,0
	<i>in %</i>								
Gesamtkapitalrentabilität (annualisiert) ⁴	1,0	1,2	1,2	1,1	1,0	1,4	1,3	0,9	1,1
Aufwand-Ertrag-Relation	55,6	53,7	51,9	51,9	47,1	51,5	52,3	53,5	51,9
Wertberichtigungsquote ⁵	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,7	2,2	2,5	2,2
Notleidende Kredite-Quote (NPL-Quote) ⁵	2,2	2,2	2,0	2,0	1,9	3,2	2,4	2,4	2,0
Fremdwährungskreditanteil	x	23,2	x	21,2	x	25,4	23,5	24,1	21,2
Kredit-Einlagen-Quote	71,7	72,4	72,9	73,5	73,1	78,6	79,8	74,8	73,5

Kennzahlen für das Geldvermögen von Haushalten und Unternehmen

Private Haushalte	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	768,0	781,8	785,0	806,1	798,2	686,1	727,2	762,1	806,1
Verpflichtungen – Kredite (Stand; passiv)	200,9	203,6	206,5	208,9	211,6	188,5	194,0	198,9	208,9
davon Fremdwährungskredite	10,6	10,2	10,0	10,1	9,7	15,0	13,6	11,6	10,1
davon Wohnbaukredite in Fremdwährung	9,2	8,9	8,7	8,8	8,4	12,9	11,8	10,0	8,8
Unternehmen	<i>in Mrd EUR</i>								
Geldvermögen insgesamt (Stand; aktiv)	597,2	600,4	607,5	627,6	644,9	538,0	554,8	569,3	627,6
Verpflichtungen insgesamt (Stand; passiv)	912,1	926,1	934,9	954,7	966,7	847,1	878,0	890,5	954,7
davon Kredite und Wertpapiere	436,7	436,0	445,1	457,2	466,2	408,0	419,1	426,4	457,2
davon Anteilsrechte	440,3	451,3	454,8	462,4	462,4	405,6	425,7	429,3	462,4
	<i>in Mrd EUR (gleitende Summe über vier Quartale)</i>								
Bruttobetriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen	89,6	92,8	94,7	97,4	97,9	90,0	90,3	89,6	97,9

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Für umfangreichere Daten siehe den Tabellenanhang in den Financial Stability Reports der OeNB. x = Daten nicht verfügbar.

¹ Forderungen der mehrheitlich in österreichischem Besitz befindlichen Banken (BIZ-Definition).

² Transitional, Definition gemäß Basel III.

³ (Für das Gesamtjahr erwartetes) Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen als Prozentsatz der durchschnittlichen Bilanzsumme.

⁴ Daten seit Q2 17 auf FINREP-Basis (Gesamtforderungen).

Wirtschaftsentwicklung von großen externen Schocks bestimmt

- Seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie in Europa im Frühjahr 2020 bestimmen das Infektionsgeschehen und die von der Regierung getroffenen Eindämmungsmaßnahmen zu einem erheblichen Teil die Wirtschaftsentwicklung. Nach einem tiefen Einbruch der österreichischen Wirtschaft im Gesamtjahr 2020 (−6,8%) erfolgte 2021 eine rasche Erholung (+4,6%), und seit Anfang 2022 erreichte die heimische Wirtschaft wieder ihr Vorkrisenniveau. Der Ausbruch des Ukrainekriegs dämpft jedoch die Wachstumsaussichten. In einem Prognoseupdate von Ende März 2022 erwartet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) nur noch ein BIP-Wachstum von +3,5% unter der Annahme, dass der Krieg nicht weiter eskalieren und regional begrenzt bleiben wird. Ein großes Abwärtsrisiko geht mit einem möglichen Ausfall der Energielieferungen, im Speziellen der Gaslieferungen, aus Russland einher. Im Falle eines sofortigen Lieferstopps wäre zumindest mit einer Stagnation der Wirtschaftsleistung zu rechnen.
- Österreichs Wirtschaft kennzeichnet sich durch eine breit diversifizierte und sektoral ausgewogene Wirtschaftsstruktur.
- Die COVID-19-Pandemie führte trotz umfangreicher Möglichkeiten der Kurzarbeit zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosenquote. Einhergehend mit dem Ende der Einschränkungsmaßnahmen und der damit verbundenen Erholung der Wirtschaft sank die Arbeitslosenquote jedoch wieder rasch und lag Anfang 2022 beinahe auf dem Vorkrisenniveau.
- Österreich gehört zu den Ländern, die das Preisstabilitätsziel des Euroraums (i. e. eine HVPI-Inflation von mittelfristig 2%) seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,8% erfüllt haben. Infolge der Pandemie, der Lieferkettenengpässe und des Ukrainekriegs stiegen die Energiepreise jedoch deutlich an und zählten zu Jahresbeginn 2022 zu den höchsten Inflationsraten seit Einführung des Euro.
- Der österreichische Immobilienmarkt hat sich seit Mitte der 2000er-Jahre sehr dynamisch entwickelt. Gemäß dem OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien lässt sich die Immobilienpreisentwicklung in Österreich nicht mehr durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren erklären. Aus diesem Grund ergriffen die verantwortlichen Stellen Anfang 2022 umfassende Maßnahmen, um die Kreditvergabe zu dämpfen.
- Während der COVID-19-Pandemie kam es zu einem deutlichen Anstieg der Sparquote, hervorgerufen durch die Konsumeinschränkungen, im Speziellen bei Dienstleistungen. Die OeNB geht davon aus, dass die Sparquote rasch wieder auf das Vorkrisenniveau zurückkehren wird und sich der Konsum der Haushalte nur begrenzt durch Ausgeben ihrer angesammelten Ersparnisse erhöhen wird. Das Finanzvermögen des privaten Haushaltssektors beläuft sich auf 762 Mrd EUR bzw. 201% des BIP. Die Verschuldung der privaten Haushalte lag im dritten Quartal 2021 bei 54% des BIP, die Unternehmensverschuldung betrug 100% des BIP. Beide Indikatoren liegen unter dem Euroraum-Durchschnitt.
- Der österreichische Außenhandel mit Waren ist regional und betreffend Gütergruppen stark diversifiziert. Im Jahr 2021 wurden mehr als die Hälfte der Warenexporte mit Handelspartnern innerhalb des Euroraums abgewickelt; diese waren somit keinem unmittelbaren Wechselkursrisiko ausgesetzt. Nach Deutschland mit einem Anteil von – nach wie vor – über 30% im Jahr 2021 ist die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) der zweitwichtigste Absatzmarkt. Der Anteil der Güterexporte in diese Region stieg von 12% im Jahr 1992 auf 21% im Jahr 2021.
- Der Ausfall der Wintersaison 2021 führte zu einem deutlichen Rückgang der ausländischen Nächtigungen und somit der österreichischen Reiseverkehrseinnahmen. Infolgedessen reduzierte sich der Überschuss der Dienstleistungsbilanz so stark, dass die im Jahr 2021 negative Güterbilanz nicht ausgeglichen wurde und erstmals seit 2002 ein negativer Leistungsbilanzsaldo vorlag (−0,5% des BIP). Dennoch wies die österreichische Volkswirtschaft im Jahr 2021 eine positive Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland von 59,4 Mrd EUR (14,7% des BIP) auf.

- 2021 verbesserte sich der Budgetsaldo auf $-5,9\%$ des BIP (2020: $-8,0\%$ des BIP). Dies ging vor allem auf die automatischen Stabilisatoren zurück, deren Beitrag sich dank der teilweisen Erholung des BIP verbesserte; das Ausmaß an diskretionären Fiskalmaßnahmen zur Hintanhaltung der wirtschaftlichen Schäden der Pandemie war in etwa gleich wie im Jahr 2020. Nach dem starken Anstieg 2020 sank die Schuldenquote 2021 geringfügig auf $82,8\%$ des BIP.

Österreichisches Bankensystem widerstandsfähig in herausforderndem Umfeld – mikro- und makroprudenzielle Maßnahmen haben sich bewährt

- Umsichtige und frühzeitig ergriffene mikro- und makroprudenzielle Maßnahmen in Österreich sowie die entsprechenden Bemühungen der Banken trugen dazu bei, die Resilienz des österreichischen Bankensystems zu erhöhen. Die Maßnahmen zielen auf die Stärkung der Kapitalisierung und der Liquidität sowie die Reduktion von Kreditrisiken der Banken ab. Das österreichische Nachhaltigkeitspaket führte zu einer Verbesserung der stabilen lokalen Refinanzierungsbasis und bewirkte eine Reduktion von Liquiditätstransfers; die Umsetzung von mikro- und makroprudenziellen Kapitalpuffern erhöhte die Risikotragfähigkeit der Banken; die Empfehlungen zu den Fremdwährungskrediten in Österreich und Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) wirken sich auf Kreditvergabestandards und Kreditqualität aus.
- Finanzielle Entwicklungen im österreichischen Bankensektor: Im Jahr 2021 stieg das aggregierte Betriebsergebnis der österreichischen Banken im Vergleich zum Vorjahr um 17% , während die Risikovorsorgen um 68% sanken. Diese Entwicklungen deuten auf eine kräftige Erholung hin; die Gewinne beliefen sich in Summe auf $7,2$ Mrd EUR ($+95\%$ gegenüber dem Vorjahr). Während 2021 vom Wiederaufschwung geprägt gewesen ist, steht der österreichische Bankensektor im Hinblick auf seine Profitabilität im Jahr 2022 vor neuen und anhaltenden Herausforderungen: Russlands Invasion der Ukraine, eine Straffung der Geldpolitik aufgrund der Inflationsentwicklung sowie pandemiebedingte Unsicherheiten und Fragen zur strukturellen Effizienz.
- Das CESEE-Geschäft österreichischer Tochterbanken belief sich im Dezember 2021 auf eine aggregierte Bilanzsumme von rund 271 Mrd EUR und ein aggregiertes Periodenergebnis (nach Steuern) von $3,0$ Mrd EUR. Die Region bleibt also weiterhin ein wichtiger Markt für das österreichische Bankensystem. Im Jahresvergleich stieg das Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE um 54% , was hauptsächlich auf den starken Rückgang der Kreditrisikovorsorgen um 70% im Jahr 2021 zurückzuführen war. Angesichts der nach wie vor erhöhten Kreditrisiken und der bestehenden Unsicherheit bezüglich des weiteren Verlaufs der Pandemie und des Ukrainekriegs ist es unerlässlich, dass die Banken weiterhin die Transparenz ihrer Bilanzen wahren sowie über eine angemessene Kapitalausstattung verfügen.
- Die wirtschaftliche Erholung in Österreich bewirkte einen Anstieg der Kreditvergabe im Jahr 2021. Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten wurde durch den Finanzierungsbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel angetrieben. Infolgedessen nahmen die Unternehmenskredite im Dezember 2021 im Jahresvergleich um $8,7\%$ zu. Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach Wohnbaukrediten verzeichneten auch die Kredite an private Haushalte 2021 einen weiteren Anstieg um $5,3\%$. Das Volumen der Konsumkredite lag nur wenig über dem Niveau von 2020.
- Die Kapitalisierung des österreichischen Bankensektors hat sich gegenüber dem Niveau vor Beginn der globalen Finanzkrise 2008 zwar mehr als verdoppelt; dennoch besteht trotz dieses Anstiegs kein Grund zur Sorglosigkeit. Die konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) der österreichischen Banken belief sich Ende 2021 auf $15,7\%$ und lag somit unter dem europäischen Durchschnitt. Die Eigenmittelquote der österreichischen Banken ging 2021 leicht zurück, was hauptsächlich auf den Anstieg der risikogewichteten Aktiva aufgrund des starken Kreditwachstums und auf die Wiederaufnahme von Gewinnausschüttungen

zurückzuführen war. Aus diesem Grund sollten die österreichischen Banken Dividendenausschüttungen mit Blick auf ihre Risikotragfähigkeit einer sorgfältigen Bewertung unterziehen.

- Systemische Risiken im Zusammenhang mit Wohnimmobilienfinanzierungen zu erfordern weitere makroprudenzielle Maßnahmen. Die aktuelle Situation ist weiterhin durch hohes Immobilienpreis- und Kreditwachstum, niedrige Kreditzinsen, hohen Wettbewerb und niedrige Margen in Verbindung mit hohen Schuldendienst- und Beleihungsquoten gekennzeichnet. Infolgedessen – und nicht zuletzt auf Initiative der OeNB – sprach das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) bei seiner Sitzung im März 2022 die Empfehlung aus, in Österreich rechtlich verbindliche kreditnehmerbezogene Maßnahmen zu ergreifen. Diese Maßnahmen umfassen Obergrenzen für Beleihungsquoten (90%), Schuldendienstquoten (40%) und Kreditlaufzeiten (35 Jahre), wobei den Kreditinstituten über Ausnahmeregelungen ausreichend Flexibilität einzuräumen ist. Diese neuen Maßnahmen sollen ab 1. Juli 2022 für neu vergebene Hypothekarkredite an private Haushalte gelten. Sie decken auch Risiken aufgrund steigender Zinsen ab. Auf internationaler Ebene haben derartige Maßnahmen bei der Eindämmung von Systemrisiken im Zusammenhang mit Wohnimmobilien Wirksamkeit bewiesen. Sie reduzieren nicht nur Finanzmarktstabilitätsrisiken, sondern schützen auch Kreditnehmende vor den Folgen übermäßiger Verschuldung. Die große Mehrheit der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums haben bereits kreditnehmerbezogene Maßnahmen zur Eindämmung von Verwundbarkeiten ihrer Wohnimmobilienmärkte ergriffen. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB), der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) empfehlen ebenfalls, dass derartige Maßnahmen in Österreich rechtsverbindlich werden sollten.

1 Österreichs Wirtschaft hält externen Schocks stand

1.1 2020 und 2021: COVID-19-Pandemie prägt gesamtwirtschaftliche Entwicklung; 2022: Ukrainekrieg dämpft Wachstum und treibt Inflation an

Krieg in Europa nach zwei Jahren Pandemie

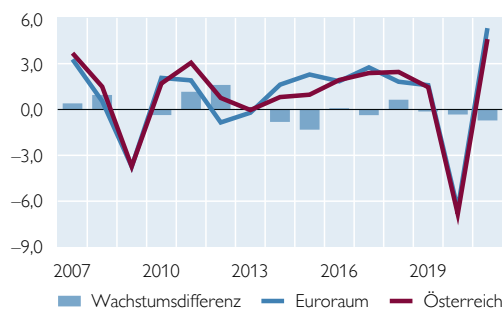
Seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie in Europa im Frühjahr 2020 bestimmen das Infektionsgeschehen und die von den Regierung getroffenen Eindämmungsmaßnahmen zu einem erheblichen Teil die österreichische Wirtschaftsentwicklung. Je härter die Maßnahmen, desto stärker sinkt die Mobilität und umso stärker sind die negativen Auswirkungen auf das reale Wirtschaftswachstum. In Österreich war der Rückgang der Mobilität während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 am stärksten und schlug sich in einem wöchentlichen Verlust der Wirtschaftsleistung von knapp 2 Mrd EUR nieder. Während des zweiten und dritten Lockdowns im Herbst/Winter 2020/21 waren einerseits die exportorientierte Industrie und der Bausektor nicht mehr von Produktionsschließungen betroffen, andererseits halfen alternative Vertriebswege im Einzelhandel und in der Gastronomie die Verluste zu verringern. Daher halbierten sich die wöchentlichen Verluste auf knapp 1 Mrd EUR pro Woche. Die Delta-Variante des Coronavirus führte im Spätherbst 2021 zu einem vierten Lockdown. In diesen drei Wochen lag der BIP-Rückgang bei knapp 0,7 Mrd EUR pro Woche und fiel somit nochmals geringer aus als bei den vergangenen Schließungen. Das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2022 war sehr robust, und die Wirtschaftsleistung lag bis Anfang März durchwegs über dem Vorkrisenniveau. Der militärische Einmarsch Russlands in die Ukraine und der damit einsetzende Krieg führten unmittelbar zu einem deutlichen Anstieg der Energiepreise und damit verbunden zu starken inflationären Effekten sowie einem Verlust von Kaufkraft; diese Entwicklungen in Kombination mit Unsicherheitsmotiven dämpfen das Wirtschaftswachstum. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung unterliegt einer hohen Unsicherheit, vor allem hinsichtlich möglicher Einschränkungen russischer Energielieferungen nach Europa. Vor diesem Hintergrund präsentiert Kasten 1 ein Update der OeNB-Prognose vom Dezember 2021 sowie zwei alternative Szenarien.

Grafik 1

Österreich und der Euroraum: Wachstumsdifferenz und BIP pro Kopf

Wachstumsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum

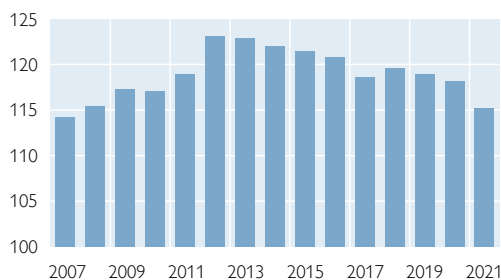
Reales BIP: Veränderung zum Vorjahr in %;
Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

BIP pro Kopf in Österreich im Vergleich zum Euroraum

BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten;
Euroraum = 100



Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die österreichische Wirtschaft

Die negativen Auswirkungen des Kriegs werden das österreichische Wirtschaftswachstum dämpfen und die HVPI-Inflation erhöhen, wie das aktuelle Interimsupdate der OeNB-Prognose vom März 2022 zeigt. Österreichs reales BIP wird unter der Annahme eines zeitnahen Endes der kriegerischen Auseinandersetzungen im Jahr 2022 um 3,5 % wachsen, und die Inflationsrate wird bei 5,3 % liegen. Dies bedeutet ein um 0,8 Prozentpunkte schwächeres BIP-Wachstum und eine um 2,1 Prozentpunkte höhere Inflation als noch im Dezember 2021 angenommen. Dabei ist die BIP-Abwärtsrevision ungefähr zur Hälfte und die Inflationsaufwärtsrevision zu einem Viertel auf die Auswirkungen des Ukrainekriegs zurückzuführen. Für die Jahre 2023 und 2024 wird nun ein Wachstum von 2,2 % bzw. 2,0 % erwartet, während die Inflationsrate auf 2,9 % bzw. 2,3 % zurückgehen sollte.

Tabelle K1 1

Wachstums- und Inflationsprognose für Österreich vom März 2022

	BIP- und HVPI-Szenarienergebnisse			Vergleich mit Dezember 2021		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %			Differenz in Prozentpunkten		
	Prognoseupdate vom März 2022			Prognoseupdate vom März 2022		
BIP real	3,5	2,2	2,0	-0,8	-0,4	0,2
HVPI-Inflation	5,3	2,9	2,3	2,1	0,6	0,2
	Szenario 1: Kein baldiges Kriegsende			Szenario 1: Kein baldiges Kriegsende		
BIP real	1,9	2,3	2,4	-2,4	-0,3	0,6
HVPI-Inflation	7,6	3,4	2,3	4,4	1,1	0,3
	Szenario 2: Verschärfung des Kriegs			Szenario 2: Verschärfung des Kriegs		
BIP real	0,4	2,3	2,5	-3,9	-0,3	0,7
HVPI-Inflation	9,0	4,2	2,4	5,7	1,9	0,3

Quelle: OeNB.

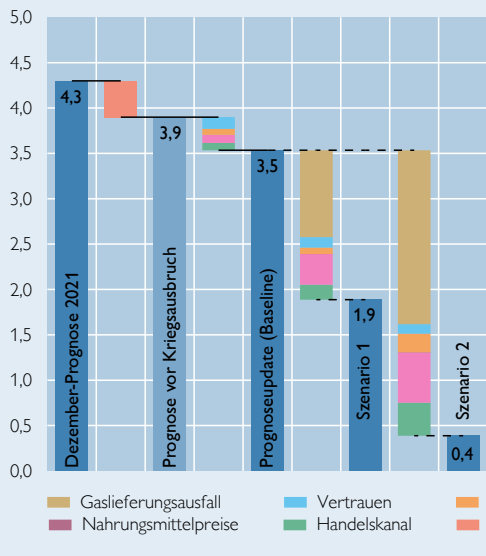
Die Berechnung von Alternativszenarien zeigt, dass bei einer längeren Kriegsdauer, einer Verschärfung des Kriegs und der Sanktionen sowie einem Ausfall russischer Gaslieferungen deutlich stärkere BIP- und Inflationseffekte zu erwarten wären (Tabelle K1 1) und eine Stagflation nicht ausgeschlossen wäre. Die Ergebnisse reagieren sehr sensitiv auf die Annahmen hinsichtlich der unterstellten Energielieferausfällen – die hier präsentierten Zahlen stellen vermutlich eine Untergrenze der zu erwartenden Effekte dar.

Grafik K1 1

Österreich: Prognosen und Szenarien für 2022

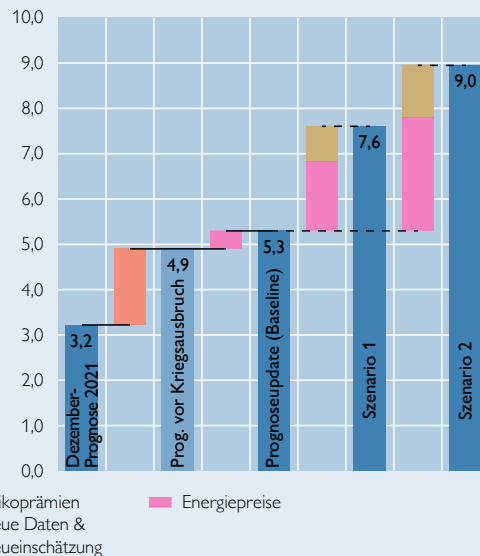
Reales BIP-Wachstum

Wachstum im Vergleich zur Vorperiode in %, Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



HVPI-Inflation

Wachstum im Vergleich zur Vorperiode in %, Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB.

Um die wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs zu quantifizieren, wurden folgende Wirkungskanäle untersucht: der Handelskanal, der Energiepreiskanal, der Nahrungsmittelpreiskanal, die Veränderung der Risikoprämien, der Vertrauens- bzw. Unsicherheitskanal und der Ausfall von russischen Erdgaslieferungen. Einschätzungen von Expertinnen und Experten betreffend die Effekte von Lieferkettenstörungen wurden ebenfalls berücksichtigt. Nicht in den Schätzungen enthalten sind (1) die Folgen der Migration von Kriegsflüchtlingen und (2) damit verbundene Fiskalmaßnahmen, (3) Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte sowie (4) Fiskalpakete zur Dämpfung des Inflationsanstiegs. Die Simulationen fußen weiters auf der Annahme, dass die infolge des Kriegs verfügbaren Sanktionen keine internationale Finanzmarktkrise mit Rückwirkungen auf die Realwirtschaft auslösen werden.

Ein Vergleich der Österreich- und Euroraum-Ergebnisse zeigt, dass die Auswirkungen des Ukrainekriegs in Österreich zu stärkeren BIP- und Inflationseffekten führen als im Euroraum. Dies liegt an (1) der deutlich höheren Abhängigkeit Österreichs von russischen Gaslieferungen und an (2) der größeren Bedeutung von Gas als Energieinput in der heimischen Wirtschaft.

Wirtschaftsstruktur in Österreich sektoral ausgewogen

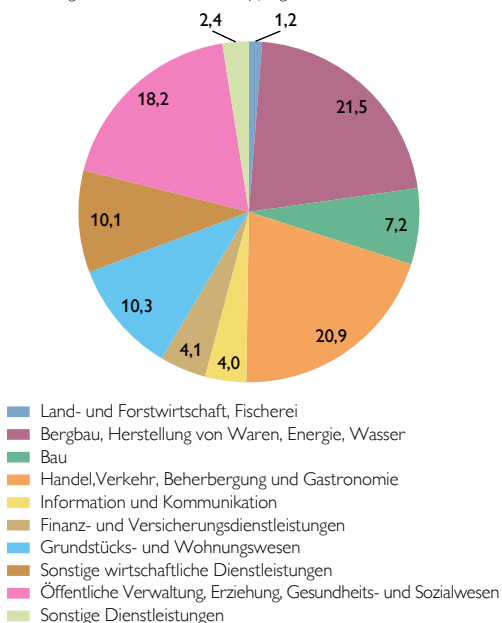
Die österreichische Volkswirtschaft ist hoch entwickelt. Dementsprechend spielt der tertiäre Sektor eine große Rolle. Die privaten Dienstleistungen¹ tragen mit einem Anteil von über 30 % am stärksten zur Bruttowertschöpfung bei. Mit jeweils knapp über 20 % folgen die Bereiche „Bergbau, Herstellung von Waren, Energie und Wasser“ sowie „Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie“. Österreich weist zudem eine große Branchenvielfalt innerhalb der Sachgütererzeugung auf.

¹ Private Dienstleistungen sind Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen und sonstige Dienstleistungen.

Grafik 2

Bruttowertschöpfung 2021 in Österreich

in % der gesamten Bruttowertschöpfung, nominell



Quelle: Statistik Austria.

Der Bausektor hat einen im europäischen Vergleich hohen Wertschöpfungsbeitrag von 7%.

Arbeitslosigkeit zu Jahresbeginn 2022 wieder auf Vorkrisenniveau

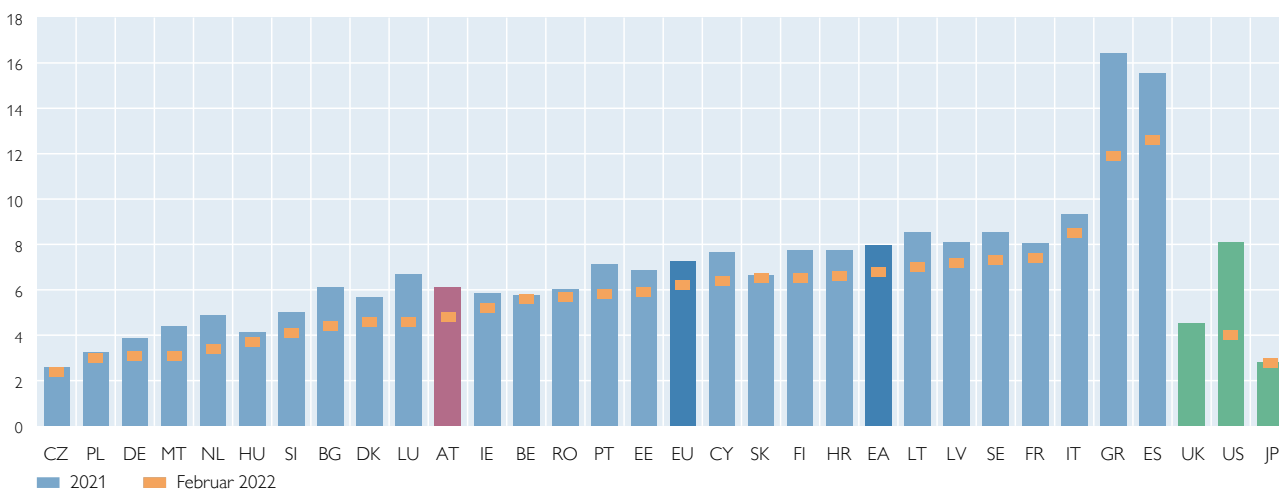
Die COVID-19-Pandemie führte zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa. Obwohl in Österreich die Zunahme durch die Kurzarbeit gedämpft wurde, stieg die Arbeitslosenquote von rund 4 ½ % zu Jahresbeginn 2020 auf bis zu 8 % Mitte 2020 an. Seit Sommer 2021 geht die Arbeitslosenquote kontinuierlich zurück, ist zu Jahresbeginn 2022 knapp unter 5 % gelegen und hat sich somit nur noch geringfügig über dem Vorkrisenniveau befunden. In vielen europäischen Staaten liegt die Arbeitslosenquote bereits unter den Werten vor Ausbruch der Pandemie. Die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die

Arbeitsmärkte in Europa lassen sich derzeit noch nicht abschätzen. Die Kriegsdauer stellt hierbei einen wesentlichen Faktor dar, da davon ausgegangen wird, dass ein überwiegender Teil der Geflüchteten so rasch wie möglich in die Ukraine zurückkehren möchte, sobald der Krieg geendet hat.

Grafik 3

Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

in %



Quelle: Eurostat, Macrobond.

Anmerkung: EA = Euroraum; UK: Dezember 2021.

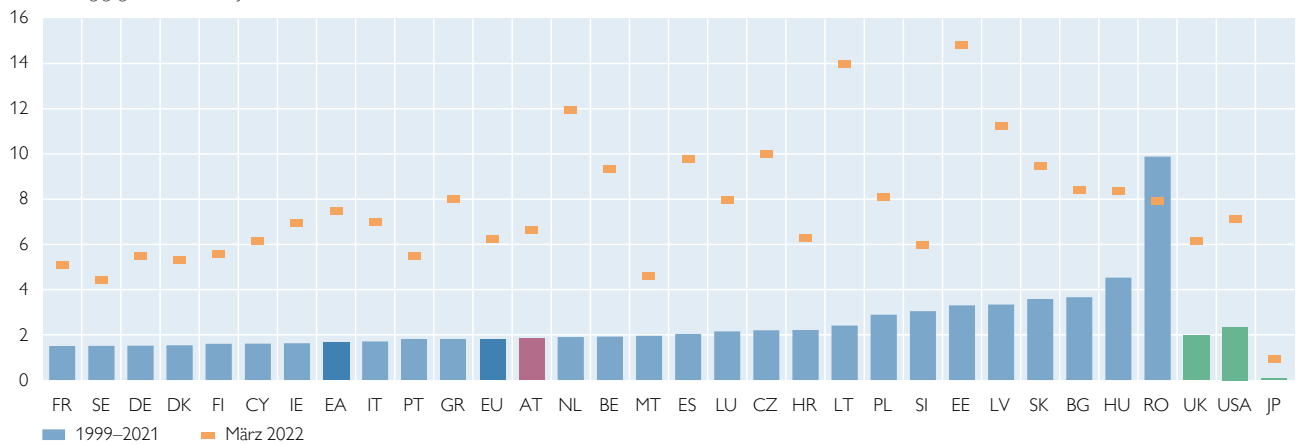
Ende der COVID-19-Pandemie, Lieferschwierigkeiten und Ukrainekrieg treiben Inflation

Infolge der COVID-19-Pandemie sanken im Jahr 2020 die Energiepreise deutlich und dämpften die HVPI-Inflation (Österreich: 1,4%). Im Zuge der raschen konjunkturellen Erholung im ersten Halbjahr 2021 zogen die Energiepreise so stark an, dass sie wieder das Vorkrisenniveau erreichten. Der kräftige Nachfrageanstieg nach dauerhaften Konsumgütern befeuerte weltweit die Güterproduktion und führte zu Lieferschwierigkeiten bei diversen Rohstoffen und Vorprodukten bzw. zu einer noch ausgeprägteren Energienachfrage, sodass die Preise für Energie und Rohstoffe das Vorkrisenniveau überschritten. Im Gesamtjahr 2021 lag die HVPI-Inflation bei 2,8%. Der Ukrainekrieg ließ im März 2022 die Energiepreise weitersteigen, was die HVPI-Inflation in Österreich auf 6,7% trieb – dem höchsten Wert seit der Euro-Einführung. Die Entwicklung der Energiepreise und somit der HVPI-Inflation unterliegt einer hohen Unsicherheit, da sie eng mit dem Krieg in der Ukraine und im Speziellen mit den Energielieferungen Russlands nach Europa verbunden ist. Langfristig zählt Österreich dennoch zu den Ländern, die das Preisstabilitätsziel des Euroraums (i. e. eine HVPI-Inflation von mittelfristig 2%) seit der Euro-Einführung im Jahr 1999 mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,8% erfüllen.

Grafik 4

HVPI-Inflationsrate im internationalen Vergleich

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, Macrobond.

Anmerkung: EA = Euroraum; BG, CZ, DK, HR, HU, PL, RO und SE: Februar 2022.

Weiterhin dynamische Entwicklung des österreichischen Immobilienmarktes

Die Preise am österreichischen Immobilienmarkt entwickelten sich in den letzten Jahren sehr dynamisch und beschleunigten sich 2021 weiter. Im Jahr 2019 hatte das Wachstum der Wohnimmobilienpreise bei 3,9% gelegen, 2020 waren die Preise um 7,0% gestiegen, und im Jahr 2021 betrug der Zuwachs 11,8%. Die Preisdynamik in Österreich ohne Wien übertraf hierbei jene von Wien in den vergangenen zwei Jahren geringfügig.

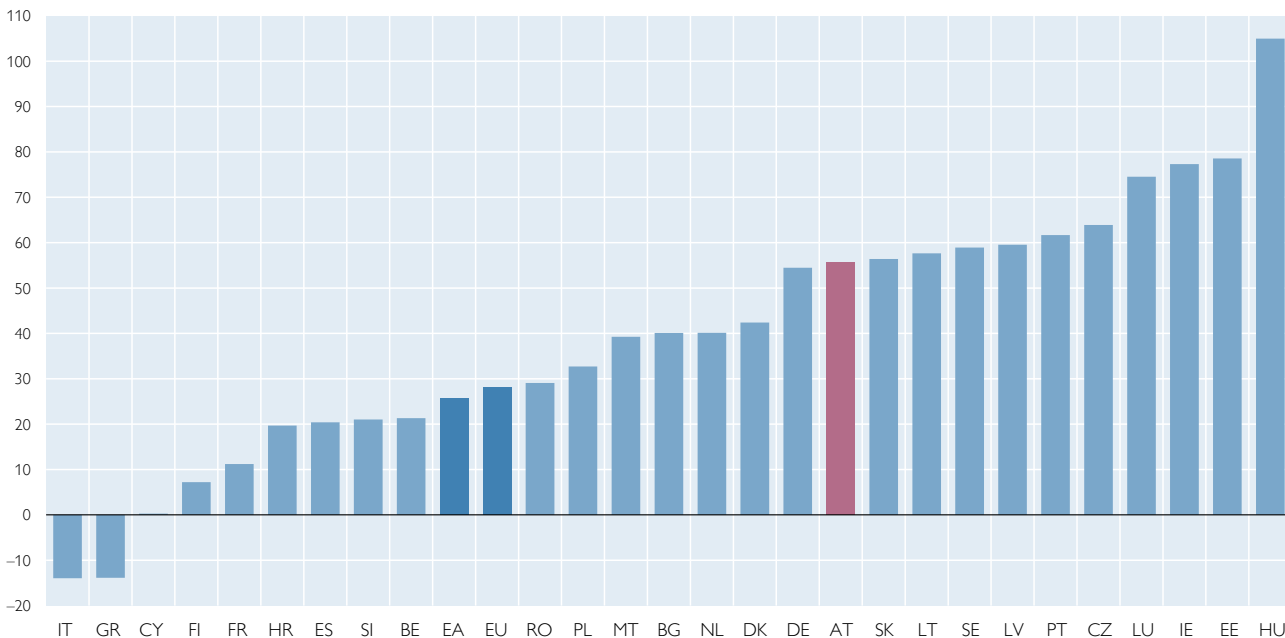
Der OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilienpreise in Österreich erhöhte sich angesichts des starken Preisanstiegs im vierten Quartal 2021 deutlich. Mit 29,8% lag der Indikator um 7,6 Prozentpunkte über dem Vorquartal – der stärkste Anstieg seit Beginn des Index im Jahr 1989. Der Indikator für Wien hat im vierten Quartal 2021 sogar 35,6% erreicht, was einem Anstieg von 5,1 Prozentpunkten gegenüber dem dritten Quartal entspricht. Diese Indikatorwerte signalisieren, dass sich die Differenz zwischen dem Preiswachstum für Wohnimmobilien und den vom OeNB-Indikator erfassten fundamentalen Faktoren in den letzten Quartalen erheblich vergrößert hat. Dies deutet auf zunehmende Anzeichen einer Überhitzung am österreichischen Wohnimmobilienmarkt hin.

Erläuterungen zu den Empfehlungen des Finanzmarktstabilitätsremiums (FMSG) betreffend Maßnahmen zur Begrenzung systemischer Risiken im Zusammenhang mit der Immobilienfinanzierung finden sich in Kapitel 2.4.

Grafik 5

Veränderung der Immobilienpreise zwischen 2012 und 2020

Veränderung zum Jahr 2012 in %



Quelle: EZB.

Anmerkung: Preise von neuen und gebrauchten Wohnimmobilien (nominal); EA = Euroraum.

COVID-19-Pandemie führt temporär zu deutlichem Anstieg der Ersparnisbildung

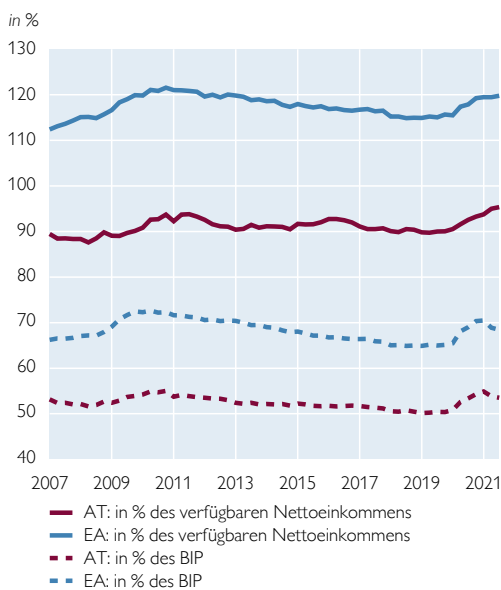
Die durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen trieben die Ersparnisse der privaten Haushalte in Österreich auf ein beispielloses Niveau im Jahr 2020. Die OeNB beziffert die während der Pandemie (Q1 20 bis Q2 21) angesammelten Überschussersparnisse der privaten Haushalte auf 10,8 Mrd EUR, im Vergleich zu einem Szenario ohne Pandemie. Die OeNB-Analyse zeigt, dass der Rückgang des Dienstleistungskonsums trotz eines starken Rückgangs der Vermögenseinkommen zu einer Zunahme der Ersparnisse führte. Die zusätzlichen Ersparnisse wurden hauptsächlich in Form von Bargeld und Einlagen angelegt. Diese Entwicklung drehte sich 2021 um. Die OeNB geht davon aus, dass die marginale Neigung der Haushalte, aus dem laufenden Einkommen zu sparen, schnell wieder auf das Vorkrisenniveau zurückkehren wird und sich der Konsum der Haushalte nur begrenzt durch Ausgeben ihrer angesammelten Ersparnisse erhöhen wird.

Im Jahr 2021 flossen 9,6% des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in die Ersparnisbildung (2019: 8,5%, 2020: 14,4%). Ende des Jahres 2020 hatten die privaten Haushalte Geldvermögen im Ausmaß von 762,1 Mrd EUR (201,3% des BIP) aufgebaut. Sie sind somit wichtige Kapitalgeber für die anderen volkswirtschaftlichen Sektoren. Die Verschuldung des Haushalts- und des Unternehmenssektors nahm während der Pandemie zu. Der österreichische Haushaltssektor war im dritten Quartal 2021 mit 53,5% des BIP verschuldet. Dieser Wert

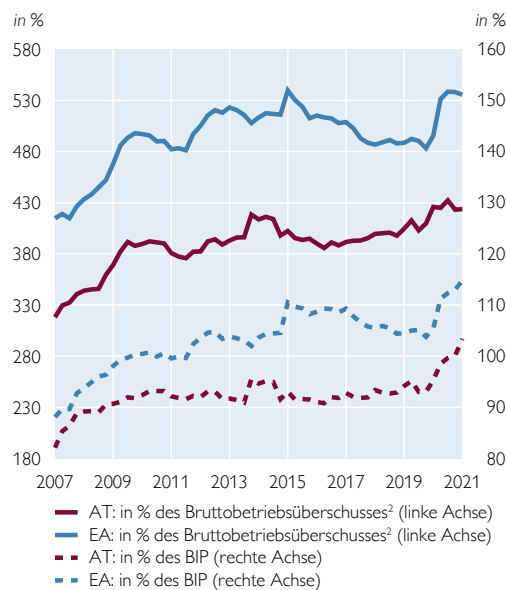
Grafik 6

Verschuldung des Haushalts- und Unternehmenssektors in Österreich und dem Euroraum

Verschuldung des Haushaltssektors



Verschuldung der Unternehmen¹



Quelle: EZB.

Anmerkung: EA = Euroraum; Daten bis inklusive 3. Quartal 2021.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

² Inklusiv Einkommen aus Selbstständigkeit.

lag deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 68,4%. Die Unternehmensverschuldung belief sich in Österreich im dritten Quartal 2021 auf 412,1% des Bruttobetriebsüberschusses bzw. 99,6% des BIP und damit ebenfalls unter dem Euroraum-Durchschnitt von 500,4% bzw. 110,6%.

1.2 COVID-19-Pandemie bedingt Leistungsbilanzdefizit 2021

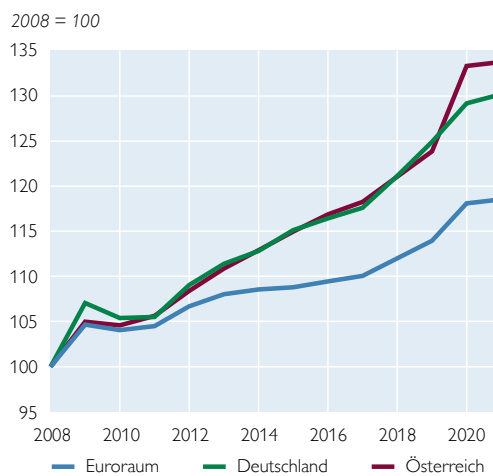
COVID-19-Pandemie führt zu Verzerrung von Wettbewerbsfähigkeitsindikatoren

Die COVID-19-Pandemie führte in den vergangenen zwei Jahren zu Verzerrungen bei der Berechnung vieler Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit. Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit in Österreich in den Jahren 2020 und 2021 muss mit Vorsicht interpretiert werden, da sie stark von unterschiedlichen Bilanzierungspraktiken für Kurzarbeitsregelungen in den einzelnen Ländern beeinflusst wird.

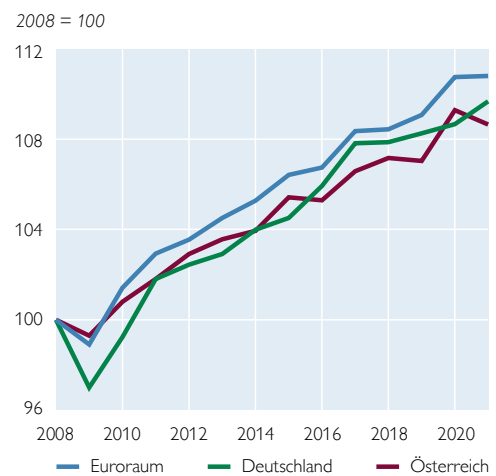
Grafik 7

Internationale Wettbewerbsfähigkeit

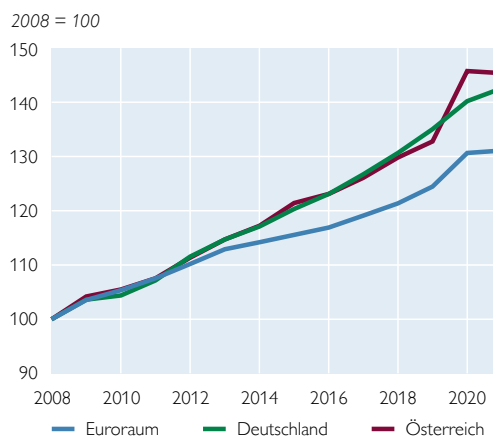
Lohnstückkosten (nominal)



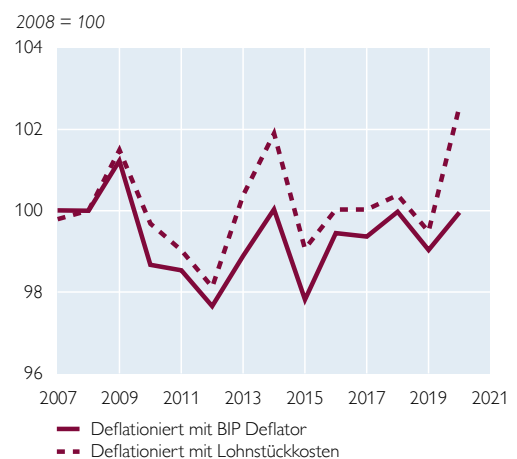
Produktivität pro geleisteter Arbeitsstunde



Stundenlohn



Real-effektiver Wechselkurs für Österreich



Quelle: Eurostat; real-effektiver Wechselkurs: EZB.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gemessen am real-effektiven Wechselkurs² veränderte sich bis 2019 kaum. Die real-effektive Abwertung um rund 2 % seit 2008 bedeutet eine geringfügige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die nominellen Lohnstückkosten stiegen bis 2019 ebenso in einem ähnlichen Ausmaß wie in Deutschland. Im Gegensatz dazu waren die Lohnstückkosten im Euroraum vor dem Hintergrund der Strukturanpassungen infolge der Wirtschaftskrise schwächer gewachsen. Während sich die Stundenproduktivität in Österreich, Deutschland und im Euroraum sehr ähnlich entwickelte, blieb das Wachstum der Stundenlöhne im Euroraum hinter jenem in Österreich und Deutschland zurück.

Regional ausgewogene Exportstruktur und geringes Wechselkursrisiko

Im Jahr 2021 ging mehr als die Hälfte der österreichischen Güterexporte in den Euroraum und war daher keinem unmittelbaren Wechselkursrisiko ausgesetzt. Im Euroraum ist Deutschland mit einem Anteil von 30 % an den gesamten Güterexporten nach wie vor die mit Abstand wichtigste Exportdestination für Österreich, gefolgt von Italien mit 6,8 % und den USA mit 6,7 %. Darüber hinaus ist Zentral-, Ost- und Südosteuropa ein sehr wichtiger Absatzmarkt, der sich über die letzten Jahre für Österreich auch sehr dynamisch entwickelt hat. Während der Anteil der Güterexporte in den Euroraum seit 1996 zurückging, wuchs der Anteil nach Zentral-, Ost- und Südosteuropa stetig (1995: 14 %; 2021: 22 %). Die Folgen des Ukrainekriegs belasten die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Raum stärker als jene im Euroraum. Daher ist davon auszugehen, dass das Wachstumsdifferenzial, das in den letzten Jahren bei rund 2 Prozentpunkten gelegen ist, zurückgehen wird.

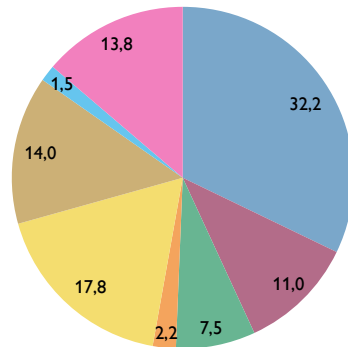
Die sektorale Struktur des österreichischen Außenhandels entspricht dem typischen Muster einer hochentwickelten Industrienation. Mit einem Anteil von beinahe 40 % an den gesamten Güterexporten liegt der Schwerpunkt auf Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen. Weitere Stützen stellen die drei Bereiche bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren dar, die gemeinsam rund 47 % der Güterexporte ausmachen.

² Der real-effektive Wechselkurs ist definiert als nomineller Wechselkurs für die Sachgüterindustrie, deflationiert mit dem BIP-Deflator (preisliche Wettbewerbsfähigkeit) sowie mit den Lohnstückkosten der Gesamtwirtschaft (kostenmäßige Wettbewerbsfähigkeit); für alle Euroraum-Länder und die wichtigsten 19 Handelspartner Österreichs außerhalb des Euroraums (Quelle: EZB).

Österreichische Güterexporte nach Regionen

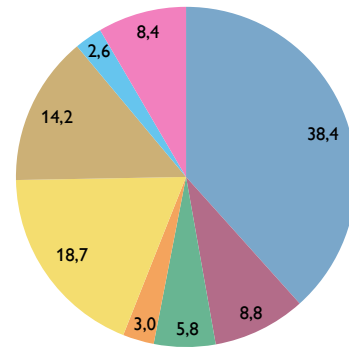
1980

in %



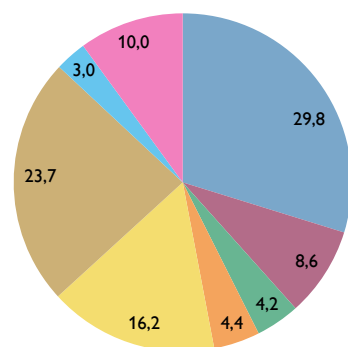
1995

in %



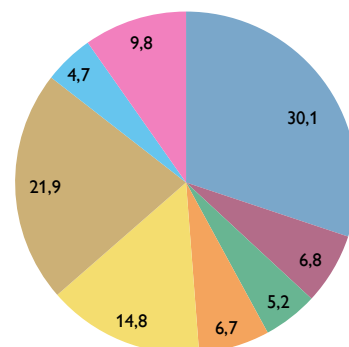
2008

in %



2021

in %



■ Deutschland
 ■ Italien
 ■ Schweiz
 ■ USA
 ■ EU-12
 ■ CESEE
 ■ Asien
 ■ Rest der Welt

Quelle: Statistik Austria.

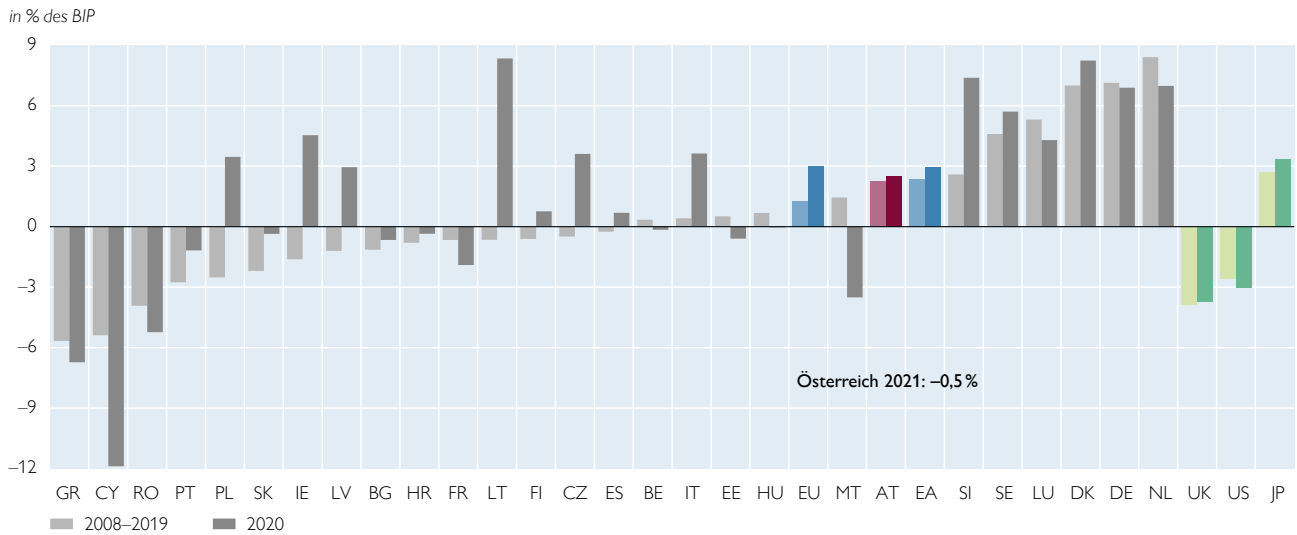
Anmerkung: Asien: CN, JP, KR; EU-12: BE, DK, FI, FR, GR, IE, LU, NL, PT, ES, SE, UK; CESEE: BG, EE, LV, LT, PL, RO, SK, SI, CZ, HU, AL, BA, HR, ME, RS, BY, MD, RU, UA.

Lockdown während der Wintermonate 2021 führte zu erstem Leistungsbilanzdefizit seit 2001

Neben den Güterexporten mit einem Anteil von rund 70 % an den gesamten Exporten spielen die Dienstleistungsexporte (rund 30 %) ebenfalls eine bedeutende Rolle. Unterstützt durch die gestiegenen Energiepreise drehte die Güterbilanz im zweiten Halbjahr 2021 ins Minus. Die Dienstleistungsbilanz befand sich zwar noch im positiven Bereich, verzeichnete aber dennoch einen erheblichen Einbruch im Jahr 2021. Dies kann auf die Entwicklungen im Tourismus zurückgeführt werden. Bereits im Jahr 2020 waren die Übernachtungen in Österreich um rund ein Drittel gesunken gewesen. Im Jahr 2021 brachen sie ausgehend von diesem bereits niedrigen Niveau nochmals um rund ein Viertel ein. Insgesamt wiesen die Gästenachtungen somit einen Rückgang um rund 50 % im Vergleich zum Vorkrisenniveau von 2019 aus. Nachdem 2021 auch die für den Wintertourismus besonders wichtigen Monate Jänner

Grafik 9

Leistungsbilanzsalden der EU-Mitgliedstaaten, des Vereinigten Königreichs, der USA und Japans

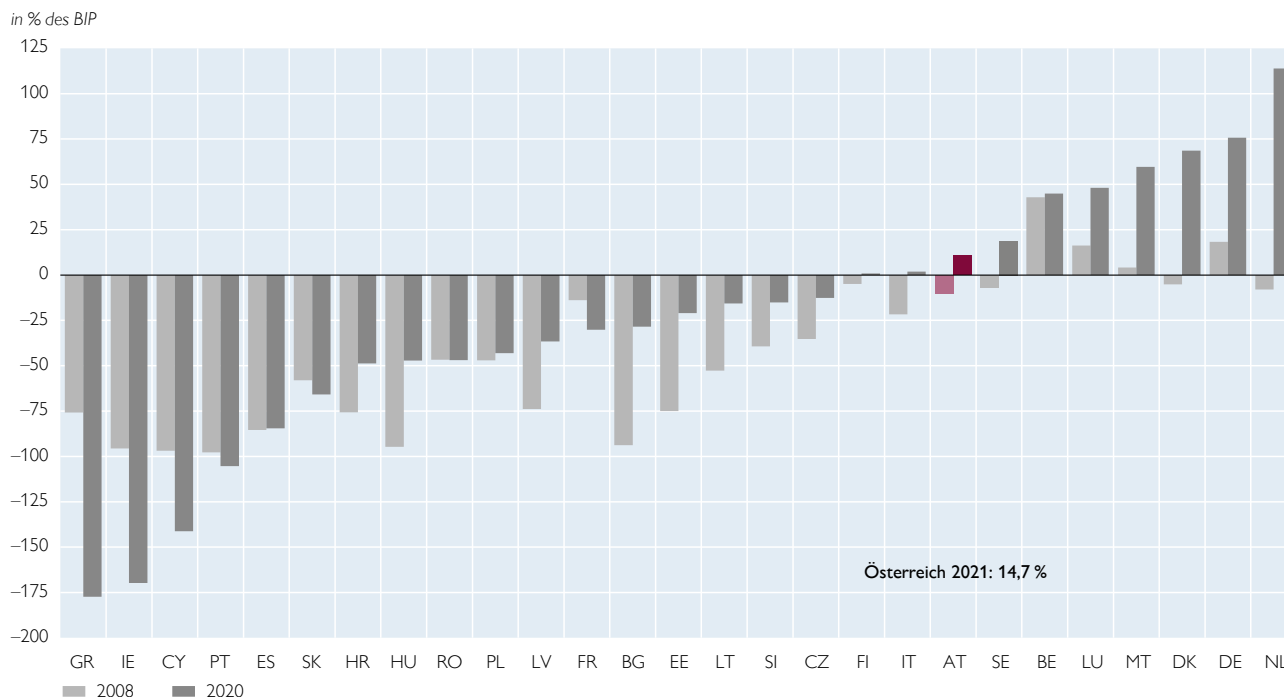


und Februar von Schließungen betroffen waren, zeigten sich negative Auswirkungen auch in der Leistungsbilanz: Gedämpft durch die geringen Reiseverkehreinnahmen verzeichnete sie im ersten Halbjahr ein Minus von 2,2 Mrd EUR – in den Jahren 2019 und 2020 war noch ein Plus von über 4 Mrd EUR vorgelegen. Im Gesamtjahr 2021 ergibt sich ein Rückgang der Leistungsbilanz um 2,1 Mrd EUR bzw. 0,5 % des BIP.

Österreichs internationale Nettovermögensposition seit 2013 im Plus

Aufgrund der mehrjährigen Leistungsbilanzüberschüsse verbesserte Österreich seine internationale Nettovermögensposition sukzessive. Im Jahr 2013 war die internationale Nettovermögensposition erstmals positiv. Im Jahr 2021 betrug das Nettovermögen Österreichs gegenüber dem Ausland 59,4 Mrd EUR (14,7 % des BIP). Damit ist die österreichische Nettovermögensposition ausgeglichen, im Vergleich zu hohen Defiziten in Griechenland, Irland und Zypern und hohen Überschüssen in Deutschland, Malta und den Niederlanden.

Nettovermögensposition



Quelle: Eurostat, EZB (Statistical Data Warehouse), OeNB.

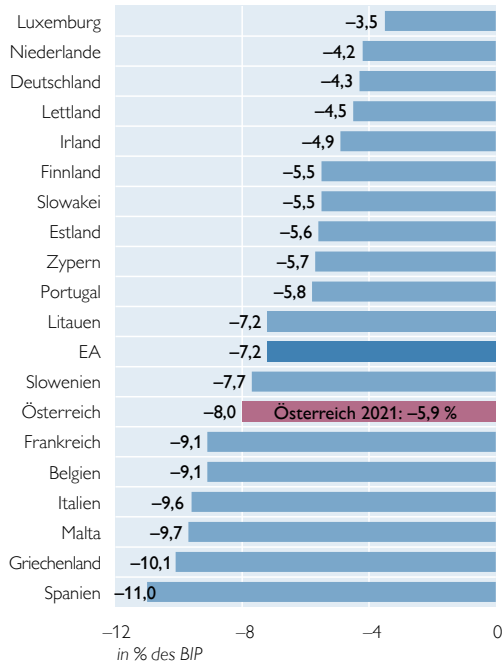
1.3 Beispiellose fiskalische Maßnahmen zur Bekämpfung der Effekte der COVID-19-Pandemie resultieren in hohem Budgetdefizit und steigenden Staatsschulden

Die fiskalischen Maßnahmenpakete im Zuge der COVID-19-Pandemie in Österreich dienten vor allem dazu, die Schäden aus der temporären Reduktion der (ökonomischen) Aktivität zu minimieren und führten 2020 zu einem hohen Budgetdefizit von 8 % des BIP. Eurostat veröffentlichte Ende April 2022 die Zahlen zu den öffentlichen Finanzen aller EU-Länder für das Jahr 2021; aufgrund der konjunkturellen Erholung erwartet Eurostat eine geringere Neuverschuldung der einzelnen Länder. Laut Eurostat verbesserte sich 2021 der österreichische Budgetsaldo auf -5,9 % des BIP (2020: -8,0 % des BIP). Dies ging vor allem auf die automatischen Stabilisatoren zurück, deren Beitrag sich dank der teilweisen Erholung des BIP ebenfalls verbesserte; das Ausmaß an diskretionären Fiskalmaßnahmen zur Hintanhaltung der wirtschaftlichen Schäden der Pandemie war in etwa gleich wie im Jahr 2020. Nach dem starken Anstieg 2020 ging die Schuldenquote 2021 geringfügig auf 82,8 % des BIP zurück. Die fiskalischen Folgen der aktuellen Flüchtlingskrise in Folge des Ukrainekriegs sowie die Kosten der Pakete zur Dämpfung der Energiepreiserhöhungen werden erst 2022 schlagend und konnten Ende März 2022 noch nicht quantifiziert werden.

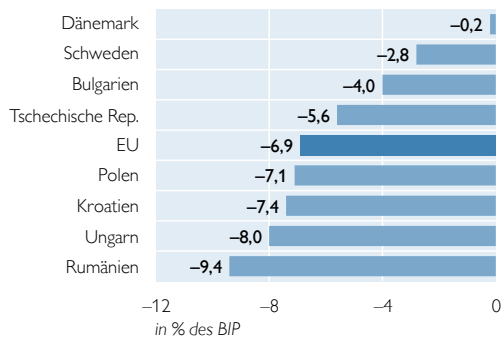
Grafik 11

Budgetsalden der EU-Mitgliedstaaten 2020

Euroraum



EU-Länder außerhalb des Euroraums

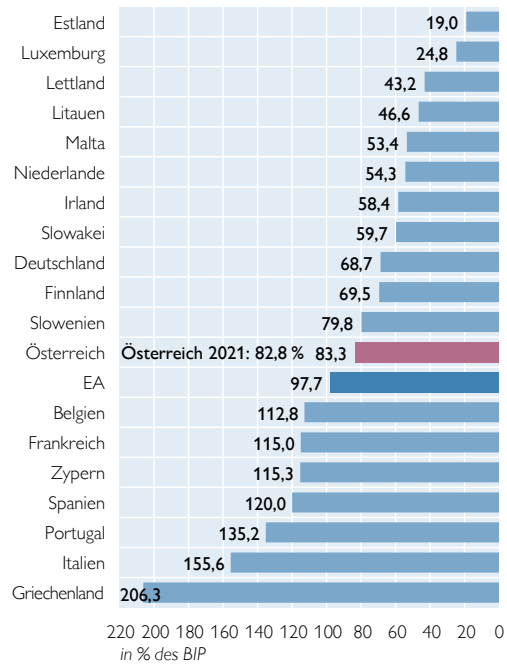


Quelle: Eurostat, Österreich: Statistik Austria.

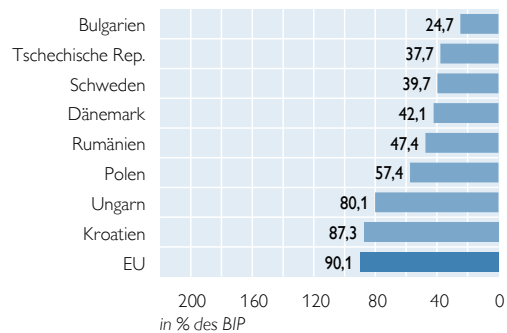
Grafik 12

Öffentliche Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten 2020

Euroraum



EU-Länder außerhalb des Euroraums



Quelle: Eurostat, Österreich: Statistik Austria.

2 Österreichisches Bankensystem widerstandsfähig in herausforderndem Umfeld – mikro- und makroprudenzielle Maßnahmen haben sich bewährt³

2.1 Mikro- und makroprudenzielle Maßnahmen tragen erfolgreich zur Risikominderung bei

Umsichtige und frühzeitig ergriffene mikro- und makroprudenzielle Maßnahmen sowie die entsprechenden Bemühungen der Banken trugen dazu bei, die Resilienz des österreichischen Bankensystems zu erhöhen. Aus Sicht der Finanzmarktstabilität lässt sich so die derzeitige besonders herausfordernde und unsichere Situation hinsichtlich des Kriegs in der Ukraine besser bewältigen. Dabei handelte es sich um folgende Maßnahmen⁴: (1) *das österreichische Nachhaltigkeitspaket*, das im Jahr 2012 geschnürt worden ist und auf die Stärkung einer stabilen lokalen Refinanzierungsbasis für die österreichischen Tochterbanken im Ausland abzielt. In der Folge ging deren Kredite-Einlagen-Quote von 106 % im Dezember 2011 auf 73 % im Dezember 2021 zurück, während die konzerninternen Liquiditätstransfers österreichischer Banken an ihre Tochterbanken in CESEE um 67 % sanken; (2) *mikro- und makroprudenzielle Kapitalpuffer*, die die Resilienz des österreichischen Bankensystems stärken. Österreich war eines der ersten Länder, die einen Systemrisikopuffer für international tätige Banken aktivierte. Diese Banken müssen auch einen Puffer für systemrelevante Institute (O-SII-Puffer) halten. Heute ist der österreichische Bankensektor deutlich besser kapitalisiert als vor Ausbruch der Finanzkrise vor über 10 Jahren; (3) *Empfehlungen zur Reduktion von Fremdwährungskrediten*, die in Österreich (Oktober 2008) und CESEE (Guiding Principles der OeNB und FMA, 2010) erfolgreich umgesetzt wurden. Von Ende 2010 bis Ende 2021 ging der Bestand an nicht auf Euro lautenden Krediten (wechsellkursbereinigt) in CESEE um fast 90 % und in Österreich um 82 % zurück. Durch diese Maßnahmen konnte das Systemrisiko im österreichischen Bankensektor effektiv eingedämmt werden, was sich auch in den neuesten Einschätzungen von Ratingagenturen niederschlug, die ihre Bewertungen bzw. den Ausblick für das österreichische Bankensystem trotz des Kriegs in der Ukraine unverändert beibehielten. Standard and Poor's (S&P) beurteilten Österreichs Bonität im Februar 2022 sogar mit einem positiven Ausblick.

2.2 Entwicklungen und Kennzahlen des österreichischen Bankensektors im Überblick

Profitabilität der österreichischen Banken auf Vor-Pandemie-Niveau

Bei den Gewinnen des österreichischen Bankensektors war im Jahr 2021 eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen. Während die wirtschaftliche Erholung voranschritt, breit angelegte fiskal- und geldpolitische Maßnahmen dazu beitrugen, die Auswirkungen der pandemiebedingten Effekte abzufedern, und die Kreditvergabe weiterhin anstieg, konnten die Banken ihre Risikovorsorgen um knapp 70 %

³ Detailliertere Analysen zum österreichischen Bankensektor finden sich im *Financial Stability Report der OeNB*: www.oenb.at/en/Publications/Financial-Market/Financial-Stability-Report.html.

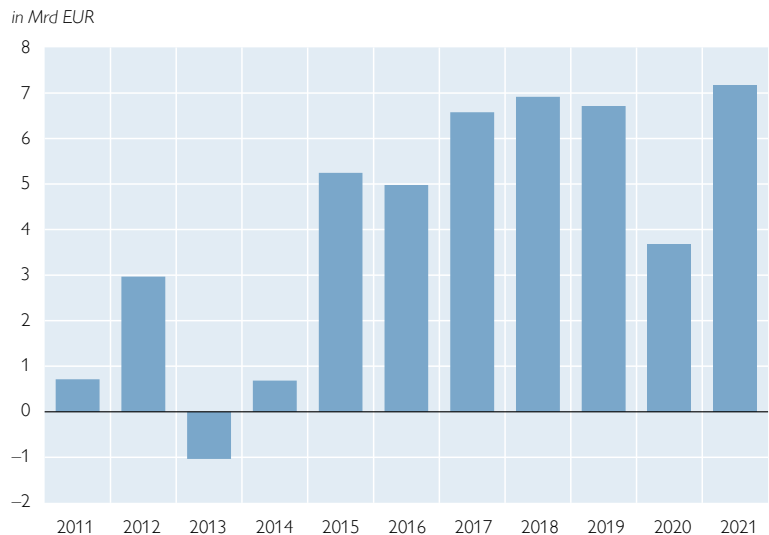
⁴ Siehe auch Abschnitt 2.4, *Makroprudenzielle Maßnahmen stärken Finanzmarktstabilität*.

gegenüber 2020 zurückfahren. So stieg das aggregierte Betriebsergebnis des österreichischen Bankensektors im Jahresvergleich um 17 % an. Die aggregierten Gewinne verzeichneten eine kräftige Erholung und beliefen sich 2021 auf insgesamt 7,2 Mrd EUR (+95 % gegenüber dem Vorjahr; Grafik 13).

Während 2021 vom Wiederaufschwung geprägt war, steht der österreichische Bankensektor im Hinblick auf seine Profitabilität im Jahr 2022 vor neuen und anhaltenden Herausforderungen: Russlands Invasion der Ukraine, eine Straffung der Geldpolitik angesichts der Inflationsentwicklung sowie pandemiebedingt weiter bestehende Unsicherheiten und Fragen der strukturellen Effizienz (Aufwand-Ertrag-Relation: 63 %).

Grafik 13

Konsolidiertes Periodenergebnis des österreichischen Bankensektors



Quelle: OeNB.

Konjunkturelle Erholung und Hypothekarkreditvergabe 2021 als treibende Kräfte der Kreditvergabe der österreichischen Banken

Die wirtschaftliche Erholung in Österreich ging mit einem Anstieg der Kreditvergabe im Jahr 2021 einher. Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten wurde durch den Finanzierungsbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel angetrieben. Außerdem waren österreichische Unternehmen daran interessiert, die noch vorteilhaften Finanzierungsbedingungen in Erwartung steigender Zinsen beizubehalten. Infolgedessen stiegen die Unternehmenskredite im Dezember 2021 im Vorjahresvergleich um 8,7 % an – ein Aufwärtstrend, der auch zu Jahresbeginn 2022 anhielt. Auch die Kreditvergabe an private Haushalte erhöhte sich aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach Wohnbaukrediten (Hypothekarkredite verzeichneten während der letzten 12 Monate einen Anstieg um 6,7 %) im Jahr 2021 weiter, und zwar um 5,3 %, während das Volumen an Konsumkrediten nur knapp über dem Niveau von 2020 zu liegen kam. Seit Ende 2019 hat sich die Hypothekarkreditvergabe in Österreich kontinuierlich beschleunigt.

NPL-Quoten nach wie vor niedrig

Die zur Bekämpfung der Pandemiefolgen in Österreich ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen (einschließlich Kreditmoratorien) trugen wesentlich dazu bei, dass es bisher zu keinen großen Kreditausfällen kam. So blieb die konsolidierte Quote notleidender Kredite (NPL-Quote) Ende 2021 weiterhin auf dem niedrigen Niveau von 1,8 %. Zahlungsmoratorien und staatliche Garantien erwiesen sich während der Pandemie als wertvolle Unterstützung für Kreditnehmende. Mit Stand Ende 2021 betrug das Volumen der Zahlungsmoratorien 1,6 Mrd EUR und war somit um 90 % niedriger als zu seinem Höchststand im Juni 2020. Kredite, deren Moratorien abgelaufen sind, verzeichnen jedoch höhere Ausfälle und erfordern höhere Risikovorsorgen. Kredite mit pandemiebezogenen staatlichen Garantien stagnieren

auf einem Niveau von rund 7,4 Mrd EUR, da diese Laufzeiten von zwei bis fünf Jahren aufweisen.

Österreichische Banken widerstandsfähiger dank verbesserter Kapitalisierung

Mit Ende Dezember 2021 verzeichnete der österreichische Bankensektor eine konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) von 15,7%. Im Vergleich mit der vor der globalen Finanzkrise 2008/09 verzeichneten Kapitalausstattung konnte der heimische Bankensektor somit seine Eigenmittelquote im Einklang mit den gestiegenen aufsichtlichen Anforderungen mehr als verdoppeln. Nach dem Auslaufen der Beschränkungen für Dividendenauszahlungen und angesichts des dynamischen Kreditwachstums und anhaltender Unsicherheiten (etwa hinsichtlich des Ukrainekriegs und der COVID-19-Pandemie) ist es jedoch weiterhin ratsam, bei der Handhabung von Gewinnausschüttungen Sorgfalt walten zu lassen.

Das österreichische Bankensystem im Benchmark-Vergleich⁵

In den vergangenen Jahren lag die CET1-Quote der österreichischen Banken in etwa beim EU-Durchschnitt, zuletzt jedoch darunter (Österreich: 15,8%, EU: 16,0% Ende Q3 21). Die Leverage-Ratio (Bilanzsumme zu Eigenkapital) der österreichischen Banken, die im Gegensatz zur CET1-Quote keine Risikogewichtung der Aktiva berücksichtigt, liegt über dem EU-Durchschnitt (Österreich: 6,8%, EU: 5,5%). Die Verbesserung der Bankgewinne war in Österreich stärker ausgeprägt als im EU-Durchschnitt (RoA für Österreich: 0,7%, EU: 0,5%), da die heimischen Banken nach wie vor von den höheren Margen in CESEE profitieren (Österreich 1,3%, EU: 1,0%). Hinsichtlich der Kreditqualität schneiden die österreichischen Banken im EU-Vergleich günstig ab (NPL-Quote in Österreich: 1,8%, EU: 2,1%).

Positive Bewertung des österreichischen Bankensystems durch IWF und Ratingagenturen

In seiner Artikel-IV-Konsultation mit Österreich⁶ im Jahr 2021 stellte der Internationale Währungsfonds (IWF) fest, dass sich das österreichische Finanzsystem während der Pandemie als widerstandsfähig erwiesen hat; er wies jedoch auch darauf hin, dass Risiken sowie Schwachstellen, die bereits vor der Pandemie bestanden hatten, wie etwa Risiken im Wohnimmobiliensektor oder hohe operative Kosten der Banken, behandelt werden müssten. Laut IWF sollten im Zuge des Auslaufens der pandemiebedingten Maßnahmen die Kreditqualität, notleidende Kredite und Unternehmensinsolvenzen weiterhin genau beobachtet werden.

Durch makroprudenzielle Maßnahmen konnte das Systemrisiko im österreichischen Bankensektor effektiv eingedämmt werden, was sich auch in den neuesten Einschätzungen von Ratingagenturen niederschlug, die ihre Bewertungen bzw. den Ausblick für das österreichische Bankensystem trotz der russischen Invasion der Ukraine unverändert beibehielten.

⁵ Die Daten in diesem Absatz beziehen sich auf Ende September 2021.

⁶ Siehe www.oenb.at/Presse/Berichte/iwf-art-iv-und-fsap.html.

2.3 Heterogene CESEE-Region bleibt wichtiger Markt für die österreichischen Banken

Die österreichischen Banken haben traditionell enge Geschäftsverbindungen mit der heterogenen CESEE-Region, die in erster Linie über ihre Tochterbanken bestehen. Im Hinblick auf Risikoübertragung und Vulnerabilität ist dies von Bedeutung. Das CESEE-Geschäft österreichischer Tochterbanken belief sich mit Ende Dezember 2021 auf eine aggregierte Bilanzsumme von rund 271 Mrd EUR und ein aggregiertes Periodenergebnis (nach Steuern) von 3,0 Mrd EUR. Somit bleibt CESEE ein wichtiger Markt für das österreichische Bankensystem.

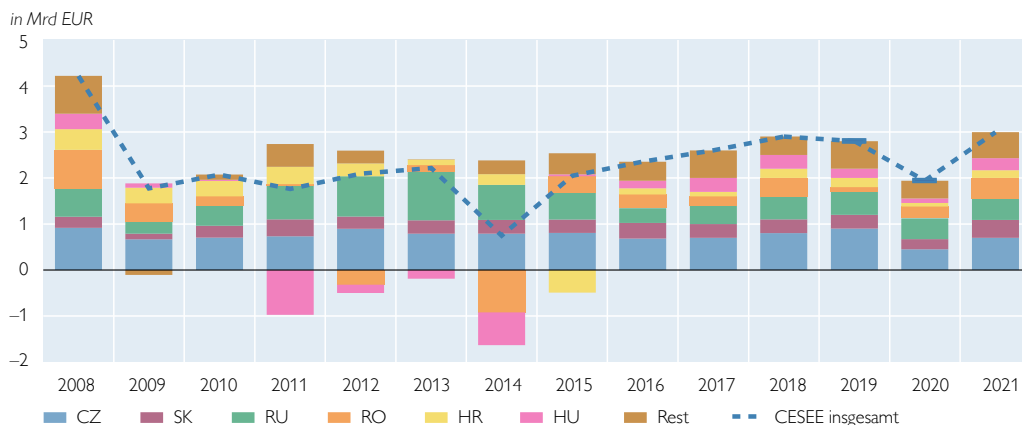
Im Jahresvergleich stieg das Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE um 54% und erreichte ein Niveau, das etwas über den vor der Pandemie verzeichneten Werten lag. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Erholung leisteten die Kreditrisikovorsorgen, die nach einem starken, pandemiebedingten Anstieg im Jahr 2020 im Jahr 2021 um 70% fielen.

Der Großteil der Forderungen österreichischer Banken besteht gegenüber EU-Ländern in CESEE. So macht die Bilanzsumme österreichischer Tochterbanken in Ländern wie Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Ungarn und Kroatien rund 80% der aggregierten Bilanzsumme aller österreichischen Tochterbanken in CESEE aus. Etwas mehr als zwei Drittel ihres aggregierten Periodenergebnisses in CESEE (nach Steuern) entfällt auf diese fünf Länder. Die Forderungen österreichischer Banken gegenüber Russland, der Ukraine und Belarus sind seit 2013 zurückgegangen und entsprachen im Dezember 2021 9,2% der aggregierten Bilanzsumme der Region (unter Berücksichtigung der Übertragung des CESEE-Geschäfts der UniCredit Bank Austria von Österreich nach Italien im Jahr 2016). Im Hinblick auf die Profitabilität ist jedoch anzumerken, dass 21% des aggregierten Periodenergebnisses der österreichischen Tochterbanken auf diese drei Länder entfällt.

Im internationalen Vergleich zählen die österreichischen Banken zwar zu den führenden Kreditgebern in Russland, der Ukraine und Belarus, im Verhältnis zur Größe des Bankensektors (gemessen an der konsolidierten Bilanzsumme) waren die Forderungen der österreichischen Tochterbanken gegenüber diesen drei Ländern jedoch moderat und lagen im September 2021 bei 1,7% (Italien: 0,7%,

Grafik 14

Periodenergebnisse der österreichischen Tochterbanken in CESEE



Frankreich: 0,3%). Zudem werden die Forderungen österreichischer Banken in diesen Ländern nahezu ausschließlich von lokalen Tochterbanken gehalten. Grenzüberschreitende Forderungen sind im Zeitverlauf stark zurückgegangen (–95 % für konzerninterne Liquiditätstransfers an Tochterbanken in Russland, der Ukraine und Belarus).

2.4 Makroprudenzielle Maßnahmen stärken Finanzmarktstabilität

Minderung systemischer Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung mit kreditnehmerbezogenen Maßnahmen

In den letzten Jahren stieg das systemische Risiko im Zusammenhang mit der Wohnimmobilienfinanzierung kontinuierlich an. In Österreich ist es hier zudem zu einer deutlichen Beschleunigung in den Jahren 2020 und 2021 gekommen, die nun auch im euroraumweiten Vergleich auffällt. Der Anstieg von Wohnimmobilienpreisen, Überbewertungen und Kreditvergabe hält unvermindert an, die Marktbedingungen unterliegen weiterhin einem kräftigem Wettbewerb und der Anteil von Krediten mit erhöhten Schuldendienst- und Beleihungsquoten verharrt auf hohem Niveau. Während eine Reihe risikomindernder Faktoren weiterbesteht – etwa gut entwickelte Mietmärkte mit einem hohen Anteil an gemeinnützigen Anbietern, die geringe Rolle der Kreditvergabe für Anlageprojekte („Buy-to-Let“), ein im internationalen Vergleich hohes Einkommens- und Wohlstandsniveau der heimischen privaten Haushalte sowie die adäquate Kapitalisierung des österreichischen Bankensektors – könnten sich diesbezügliche systemische Risiken im Fall einer Krise mit Bezug zum Wohnimmobiliensektor für die österreichische Finanzmarktstabilität als kritisch erweisen.

Infolgedessen – und nicht zuletzt auf Initiative der OeNB – sprach das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) bei seiner Sitzung im März 2022 die Empfehlung aus, in Österreich rechtlich verbindliche kreditnehmerbezogene Maßnahmen zu ergreifen. Diese Maßnahmen umfassen Obergrenzen für Beleihungsquoten (90 %), Schuldendienstquoten (40 %) und Kreditlaufzeiten (35 Jahre), wobei den Kreditinstituten über Ausnahmeregelungen ausreichend betriebliche Flexibilität einzuräumen ist. Diese neuen Maßnahmen sollen ab 1. Juli 2022 für neu vergebene Hypothekarkredite an private Haushalte gelten. Was variabel verzinsten Kredite betrifft, d. h. Kredite, deren Zinsbindung kürzer als die Hälfte der jeweiligen Kreditlaufzeit ist, hat das FMSG als nicht verbindliche Leitlinie verlautbart, dass die entsprechenden Schuldendienstquoten 30 % nicht überschreiten sollten. Damit hat das FMSG der Tatsache Rechnung getragen, dass variabel verzinsten Kredite seit 2014 stark zurückgegangen sind, und hat zugleich weitere Schritte angedeutet, die von der künftigen Entwicklung derartiger Kredite abhängen.

Die Einführung rechtsverbindlicher kreditnehmerbezogener Maßnahmen in Österreich wurde auch vom Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB)⁷, vom Internationalen Währungsfonds (IWF)⁸ und von der Organisation für wirt-

⁷ Siehe www.esrb.europa.eu/pub/pdf/recommendations/220207_ESRB_AT_recommendation_en.pdf?385471ba050cc4008919ce4b336048cb.

⁸ Siehe www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2021/09/07/Austria-2021-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-Staff-Supplementary-465350.

schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)⁹ empfohlen. Derartige Maßnahmen haben sich in einer Reihe von Ländern zur Verringerung systemischer Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung als effektiv erwiesen. Die große Mehrheit der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (24 von 30) hat bereits kreditnehmerbezogene Maßnahmen zur Eindämmung von Verwundbarkeiten ihrer Wohnimmobilienmärkte ergriffen. Solche Maßnahmen reduzieren nicht nur die Verluste des Bankensektors aus diesem Kreditsegment und damit verbundene Risiken für die Finanzstabilität und die Realwirtschaft, sondern schützen auch Kreditnehmende vor den Folgen übermäßiger Verschuldung.

Kreditwachstum weiterhin äußerst robust

In seiner Sitzung im März 2022 empfahl das FMSG der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA), den antizyklischen Kapitalpuffer (AZKP) in Höhe von 0 % der risikogewichteten Aktiva ab 1. Juli 2022 beizubehalten. Die Lücke zwischen dem Kredit-BIP-Verhältnis und dem Kredit-BIP-Trend hat sich auf 1,9 Prozentpunkte verringert und liegt somit unter der Schwelle von 2 Prozentpunkten für die Aktivierung des AZKP. Somit bestand kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Zugleich hatten sich jedoch andere Indikatoren – bezüglich Risikofehlbewertungen, Solidität der Bankbilanzen, Kreditwachstum und Immobilienpreise – nicht verbessert, sondern deuteten weiterhin auf den Aufbau eindeutig erhöhter zyklischer Risiken im Finanzsystem hin. Insbesondere die Risikogewichte von hypothekarisch besicherten Krediten und Unternehmenskrediten sanken auf ein historisch sehr niedriges Niveau. Des Weiteren verschlechterten sich der Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien und das Preis-Miet-Verhältnis weiter und verzeichneten Höchststände. Nicht zuletzt blieb das Kreditwachstum aufgrund der Kreditvergabe im Bereich der Wohnimmobilienfinanzierungen und der Unternehmen weiterhin äußerst robust. Dennoch wies das FMSG auch darauf hin, dass das Kreditwachstum gegenüber dem BIP-Wachstum nach wie vor überhöht sei und es erforderlich sein könnte, die Umsetzungsfrist für den AZKP zu verkürzen. Zudem wird die Wirksamkeit der kreditnehmerbezogenen Maßnahmen die Beurteilung der Notwendigkeit bzw. erforderlichen Höhe eines AZKP wesentlich beeinflussen.

Österreichisches Einlagensicherungssystem stützt vier aktuelle Auszahlungsfälle

Der in Österreich verfolgte integrierte Ansatz in der makroprudenziellen Aufsicht konzentriert sich auf die Wahrung von Konsistenz zwischen Krisenprävention (z. B. O-SII-Puffer für systemrelevante Institute oder Abwicklungsplanung) und Krisenmanagement (z. B. ein Systemrisikopuffer, der die Kapazität der österreichischen Banken zur Schockabsorption in Krisensituationen wie großen Einlagensicherungsauszahlungsfällen erhöht). In diesem Sinne ist das Einlagensicherungssystem ein integraler Bestandteil der makroprudenziellen Systemrisikoanalyse in Österreich. Entsprechend den Ergebnissen dieser Analyse wurde das Einlagensicherungssystem überarbeitet, was – in Verbindung mit dem Systemrisikopuffer – dazu beigetragen hat, die Widerstandsfähigkeit des Einlagensicherungssystems zu erhöhen. Somit erwies sich die österreichische Einlagensicherung als resilient und

⁹ Siehe www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-economic-surveys-austria-2021_eaf9ec79-en.

genoss auch während der Pandemie ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit, obwohl es seit 2020 zu vier Auszahlungsfällen kam.

Fremdwährungskredite in Österreich und CESEE weiterhin rückläufig

Die von OeNB und FMA¹⁰ frühzeitig ergriffenen aufsichtlichen Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass Fremdwährungskredite in Österreich deutlich zurückgegangen sind und kein systemisches Risiko mehr darstellen. Mit Jänner 2022 betrug das Volumen ausstehender Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich 9,9 Mrd EUR (–17,2 % gegenüber dem Vorjahr, wechselkursbereinigt). Dies entspricht einem Anteil am Gesamtbestand ausstehender Kredite von 5,4 % (nach 6,6 % im Jänner 2021). Das Volumen der von österreichischen Tochterbanken in CESEE vergebenen Fremdwährungskredite an private Haushalte fiel 2021 um 3,1 % (wechselkursbereinigt) auf 9,3 Mrd EUR. Somit machen Fremdwährungskredite 11,0 % der insgesamt ausstehenden Kredite aus; rund drei Viertel davon sind in Euro denominated.

Ausgewogene Finanzierung der österreichischen Tochterbanken in CESEE

Mit Blick auf die Stärkung der Finanzmarktstabilität in Österreich und den Gastländern zielt das Nachhaltigkeitspaket von OeNB und FMA darauf ab, die stabile lokale Refinanzierungsbasis österreichischer Tochterbanken im Ausland zu stärken und exzessives Kreditwachstum zu vermeiden.¹¹ Das laufende Monitoring zeigt, dass die österreichischen Tochterbanken in CESEE über eine ausgeglichene Finanzierungsbasis verfügen. Im Dezember 2021 betrug die Kredite-Einlagen-Quote 73 %.

¹⁰ Siehe auch www.oenb.at/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/besonderheiten-des-oesterreichischen-bankwesens/fremdwaehrungskredite.html.

¹¹ Siehe auch www.oenb.at/finanzmarkt/finanzmarktstabilitaet/besonderheiten-des-oesterreichischen-bankwesens/nachhaltigkeit-der-geschaeftsmodelle.html.

Anhang: Tabellen

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt real

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich	0,7	0,0	0,7	1,0	2,0	2,3	2,5	1,5	-6,7	4,5
Euroraum	-0,9	-0,2	1,4	2,0	1,9	2,6	1,8	1,6	-6,4	5,3
EU	-0,4	0,3	1,8	2,3	2,0	2,6	1,9	1,8	-5,9	5,3

Verbraucherpreisindizes

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich	2,6	2,1	1,5	0,8	1,0	2,2	2,1	1,5	1,4	2,8
Euroraum	2,5	1,4	0,4	0,2	0,2	1,5	1,8	1,2	0,3	2,6
EU	2,6	1,5	0,6	0,1	0,2	1,7	1,9	1,5	0,7	2,9

Arbeitslosenquoten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	<i>in % der Erwerbstätigen</i>									
Österreich	5,2	5,7	6,0	6,2	6,5	5,9	5,2	4,8	6,1	6,2
Euroraum	11,5	12,1	11,7	10,9	10,1	9,1	8,2	7,6	8,0	7,7
EU	11,1	11,6	11,0	10,2	9,3	8,3	7,4	6,8	7,2	7,0

Leistungsbilanzsalden

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	1,5	1,9	2,5	1,7	2,7	1,4	0,9	2,1	1,9	-0,5
Euroraum	0,9	2,3	2,9	3,1	3,5	3,6	3,6	3,6	3,2	2,9
EU	0,5	1,2	1,7	1,6	1,8	2,0	2,3	2,2	2,2	3,0

Budgetsalden

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,9
Euroraum	-3,7	-3,0	-2,5	-2,0	-1,5	-0,9	-0,4	-0,6	-7,2	x
EU	-3,6	-2,9	-2,4	-1,9	-1,4	-0,8	-0,4	-0,5	-6,9	x

Staatsschuldenquoten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	83,3	82,8
Euroraum	90,8	92,7	92,9	91,0	90,2	87,7	85,8	83,8	97,6	x
EU	84,6	86,3	86,5	84,7	83,9	81,3	79,3	77,2	90,1	x

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, OeNB.

Anmerkung: Abweichungen zu Tabelle 1 begründen sich durch methodische Unterschiede der Datenerhebung.

Tabelle A2

Zinszahlungen des Staates

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	<i>in % des BIP</i>									
Zinszahlungen des Staates	2,7	2,6	2,4	2,3	2,1	1,8	1,6	1,4	1,3	1,1

Verschuldung der Haushalte

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Q3 21
	<i>in % des verfügbaren Nettoeinkommens</i>									
Österreich	91,1	90,8	90,5	92,1	92,0	90,7	90,4	90,0	93,3	95,4
Euroraum	120,0	119,0	117,4	117,5	116,5	116,5	115,0	115,7	119,3	119,8
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	53,0	52,0	51,8	51,6	51,8	51,2	50,5	50,4	54,3	53,5
Euroraum	70,5	69,5	67,9	67,1	66,4	65,8	65,0	65,1	70,3	68,4

Verschuldung des Unternehmenssektors¹

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Q3 21
	<i>in % des Bruttobetriebsüberschusses²</i>									
Österreich	389,2	418,5	398,0	394,8	388,2	395,4	397,8	409,7	423,3	412,1
Euroraum	517,9	507,8	516,3	512,6	507,8	488,6	487,9	483,3	538,1	500,4
	<i>in % des BIP</i>									
Österreich	91,7	95,6	91,6	91,5	91,8	92,0	92,9	93,1	100,1	99,6
Euroraum	103,4	102,0	104,6	108,2	108,6	105,8	104,4	103,8	113,0	110,6

Immobilienpreisindex

	2017	2018	2019	2020	2021	Q4 20	Q1 21	Q2 21	Q3 21	Q4 21
	<i>Index 2000 = 100</i>									
Österreich ohne Wien	174,9	189,8	194,8	209,4	236,2	217,2	227,3	233,3	236,9	247,4
Wien	220,4	232,0	243,2	259,6	287,6	268,0	276,8	283,0	292,2	298,4
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
Österreich ohne Wien	4,9	8,5	2,6	7,5	12,8	10,7	14,0	12,8	10,6	13,9
Wien	1,5	5,2	4,9	6,7	10,8	9,4	10,9	10,7	10,2	11,3

Quelle: Statistik Austria, EZB, OeNB, Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien.

¹ Kurzfristige und langfristige Kredite, Geld- und Kapitalmarktpapiere.

² Inklusive Einkommen aus Selbstständigkeit.

Die halbjährlich erscheinende Publikation „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ gibt einen kompakten Überblick über die real- und finanzwirtschaftliche Entwicklung Österreichs und stellt diese in den internationalen Kontext. Die Aktualisierung der Kennzahlenübersicht zu Beginn der Publikation erfolgt vierteljährlich.

**Medieninhaber
und Herausgeber**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-046698

Koordination

Matthias Fuchs

Wirtschaftsanalyse

Klaus Vondra (Hauptabteilung Volkswirtschaft)

Finanzanalyse

Tina Wittenberger (Hauptabteilung Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung)

Redaktion und Übersetzung

Joanna Czurda, Susanne Steinacher

Layout und Satz

Andreas Kullerschitz

Druck und Herstellung

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

Datenschutzinformationen

www.oenb.at/datenschutz

© Oesterreichische Nationalbank, 2021. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024

